

Signaturen gemäß der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes

(Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90)

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches - BauGB, §§ 1 bis 11 der Baunutzungsverordnung - BauNVO) Sonstige Sondergebiete (SO 10 - 130) (§ 11 BauNVO) mit der Zweckbestimmung: Tanklager und Wasserstoffgewinnung

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

GH 39,00 m Gebäudehöhe, als Höchstmaß in Metern über Normalnull (NHN)

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO)

Füllschema der Nutzungsschablone

Art der baulichen Nutzung anklager und Wasserstoffgewinnung max. Gebäudehöhe ü. NHN Bauweise Immissionswirksamer flächenbezogener Schall-

Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 4 BauGB)

Wert links tagsüber / Wert rechts nachts

Wasserflächen mit der Zweckbestimmung: Graben

Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen KAS Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 und Abs. 4 BauGB), Zweckbestimmung: Sicherheitsabstände im Sinne der Abstandsempfehlungen

der Kommission für Anlagensicherheit (KAS) Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 219

Bezugspunkt Richtungssektoren (DIN 45691) (Rechtswert: (32)444019.0; Hochwert: 5934283.0) Richtungssektorgrenze der Lärmzusatzkontingente zu den Emissionskontingenten (DIN 45691)

SEK 1 Richtungssektorenbezeichnung (SEK 1-3) Zusatzkontingente gemäß Emissionskontingentierung

 oberirdische Leitungen

50 m - Zone (Deichschutzzone) in der gemäß Niedersächsischem Deichgesetz (NDG) Anlagen jeder Art landseitig vom Deich nicht errichtet oder wesentlich geändert werden dürfen

Flurstücksgrenzen und -nummern

Vorratsbehälterspeicher (Topographie)

- 1. Art der baulichen Nutzung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. der BauNVO
- 1.1 Sondergebiet "Tanklager und Wasserstoffgewinnung" gem. § 11 Abs. 2 BauNVO
- Das Sondergebiet "Tanklager und Wasserstoffgewinnung" dient dem Fortbestand und der Weiterentwicklung des vorhandenen Tanklagers für Mineralöl und Mineralölprodukte sowie der Ansiedlung "tanklageraffiner Nutzungen". Darüber hinaus ermöglicht es die Entwicklung einer integrierten Wasserstoffwirtschaft, insbesondere durch die Errichtung und den Betrieb von Anlagen und Infrastrukturen zur Erzeugung, Speicherung, zum Umschlag und Transport von Wasserstoff und seinen Derivaten. Zudem sind Betriebe und Anlagen zur Abscheidung, Nutzung, Lagerung, zum Transport, Umschlag und sonstigem Umgang mit Kohlendioxid (CO₂) zulässig, einschließlich solcher
- zur Anwendung von Carbon Capture and Storage (CCS) und Carbon Capture and Utilization (CCU), sofern sie dem Zweck der Reduktion industrieller Prozessemissionen und der Erreichung von Klimaschutzzielen dienen. Der Begriff Umschlag umfasst dabei sowohl die Verladung als auch die Beladung im Rahmen von Importen und Exporten.
- In den Sondergebietsflächen SO 10 bis SO 130 sind zulässig:
- A. Mineralölwirtschaftliche Nutzungen: 1. Betriebe und Anlagen zur Lagerung, zum Transport, zum Umschlag und zum Umgang mit Mineralöl und Mineralölprodukten,
- B. Wasserstoffwirtschaftliche Nutzungen gemäß § 2 WasserstoffBG [Referentenentwurf vom Juli 3. Betriebe und Anlagen zur Lagerung, zum Transport, zum Umschlag und zum Umgang mit
- 4. Betriebe und Anlagen zur Erzeugung von Wasserstoff, insbesondere durch Dampfreformierung von Methan mit CO2-Abscheidung, Elektrolyse von Wasser,
- weitere genehmigungsfähige Verfahren zur Umwandlung von Wasserstoff-Derivaten (z. B. 5. Betriebe und Anlagen zur Lagerung, zum Transport, zum Umschlag und zum Umgang mit Wasserstoff und seinen Derivaten, 6. Betriebe und Anlagen zur Speicherung von Wasserstoff,
- C. Infrastruktur- und Nebennutzungen: 8. Betriebe und Anlagen zum Umgang Kohlendioxid (CO2), einschließlich Abscheidung, Nutzung, Transport, Umschlag und Speicherung (CCS/CCU) 9. Betriebe und Anlagen zur Erzeugung von Eigenenergie im Zusammenhang mit den vorgenannten
- 10. Betriebe und Anlagen zur Verwertung oder Beseitigung von Abwasser, insbesondere im Zusammenhang mit wasserstoff- oder mineralölbezogenen Prozessen, D. Sonderregelungen für Teilflächen:
- Lagerung, zum Transport, zum Umschlag und zum Umgang mit fossilen Gasen (GasPort). In SO 20: zusätzlich zu den unter A. bis C. aufgeführten Nutzungen bauliche Anlagen für Büros, Sozialräume, Werkstatt- und Serviceeinrichtungen. In SO 100: zusätzlich zu den unter A. bis C. aufgeführten Nutzungen Anlagen zur Klärung und Aufbereitung von Abwässern im Rahmen der Erweiterung der Zentralkläranlage.
- Maß der baulichen Nutzung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 16 u. 18 BauNVO

Höhe baulicher Anlagen gem. § 18 BauNVO Die Festsetzung der maximal zulässigen Höhe einer baulichen Anlage (GH max.) im Plangebiet erfolgt als Definition der Oberkante der baulichen Anlage. Die Höhen werden als Höhenangaben in Meter über Normalhöhennull (im Plan m ü. NHN) angegeben.

In den Sondergebietsflächen SO 10 bis SO 130 beträgt die maximal zulässige Höhe baulicher Anlagen 39,0 m Ausnahmeregelung: Sofern im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens die technische Erforderlichkeit nachgewiesen wird, können ausnahmsweise höhere Anlagenkomponenten zugelassen werden. Hierzu zählen insbesondere Schornsteine, Notfall- und Sicherheitsfackeln oder Antennen.

für die Zusatzkontingente festgesetzt.

- Rechtswert (m): 32444019,

- Hochwert (m): 5934283.

SEK 1: 303°/33°

SEK 2: 281°/303°

SEK 3: 33°/281°.

Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-

Im Planteil des Bebauungsplanes sind die Grenzen der Teilflächen und die Sektorenabgrenzungen

Der Referenzpunkt im Ursprung der Sektorenabgrenzungen hat die folgenden UTM Koordinaten:

Festsetzungen zum Schutz gegen Gewerbelärm (Geräuschemissionskontingentierung)

Die Sektorenabgrenzungen weisen die folgenden Winkel auf (bezogen auf N = 0°):

Bauweise gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 BauNVO

Immissionsschutzgesetzes gem. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB

Für das Plangebiet wird eine abweichende Bauweise festgesetzt. Abweichend von der offenen Bauweise im Sinne des § 22 Abs. 2 BauNVO sind Gebäudelängen von mehr als 50,0 m zulässig.

Verwendung von Oberboden (Mutterboden)

Vernichtung und Vergeudung zu schützen und möglichst ortsnah zu sichern. Bei Aushub ist nach Möglichkeit eine Wiederverwendung auf dem Grundstück anzustreben.

3. Immissionsschutz Die in der textlichen Festsetzung Nr. 1.1.2 genannten Betriebe und Anlagen sind nur zulässig, wenn die festgesetzten Emissionskontingente eingehalten werden und sämtliche immissionsschutzrechtlichen sowie sonstigen gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind. Die hierfür erforderlichen Nachweise und Prüfungen sind im Rahmen des jeweiligen Genehmigungsverfahrens zu erbringen.

Die Festlegung der immissionswirksamen flächenbezogenen Schallleistungspegel in Tabelle A erfolgte

Tabelle B. A-bewertetes Oktavspektrum LWA/Okt, bezogen auf den A-Schallleistungspegel L_{WA}.

Es wird mit freier Schallausbreitung gerechnet, d. h., $A_{bar} = 0$ dB. Der Bodeneffekt A_{qr} wird nach dem

Der für die standortbezogene meteorologische Korrektur C_{met} erforderliche Faktor C₀ wird nach folgende

T_M Anteil der Mitwind-Wetterlagen einschließlich Windstille und Inversions-Wetterlagen in %,

so, dass bei deren Einhaltung die geltenden Immissionsrichtwerte bzw. die festgelegten Immissionskontingente außerhalb der Planfläche eingehalten werden können. Die Schallausbreitungsrechnung wurde hierbei entsprechend der DIN ISO 9613-2 frequenzabhängig in Oktavbändern nach folgender Beziehung durchgeführt:

Frequenz in Hz 63 125 250 500 1000 2000 4000

Die Schallquellenhöhe wird einheitlich für alle Teilflächen mit 5 m über Grund angesetzt.

Alternativen Berechnungsverfahren (Abschnitt 7.3.1 der DIN ISO 9613-2) ermittelt.

Umlaufende Winde und Windstille werden dabei der Mitwindschicht zugeschlagen.

IO 11, IO 14, IO0 16, IO 17, IO S, IO H, IO MS1.1 und IO MS1.2 zu prognostizieren.

Für ein zur Genehmigung anstehendes Vorhaben sind die Schallimmissionen zumindest für die Aufpunkte

(3)2443598,2

(32)443671,5

¹ An den IO 14 und IO 16 gehen wir entgegen der Gebietsausweisung im B-Plan entsprechend der tatsächlichen Nutzung analog zu [13] von einer Gemengelage (analog TA Lärm Nummer 6.7) mit der

Der nach den Vorschriften der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) prognostizierte

Beurteilungspegel der auf der Planfläche geplanten Anlage(n) (einschließlich Verkehr auf dem

Werksgelände) darf unter Berücksichtigung der Schallausbreitungsverhältnisse zum Zeitpunkt der Genehmigung nicht höher sein als das Immissionskontingent, das sich aus den immissionswirksamen

Beim Nachweis der Einhaltung der schalltechnischen Festsetzungen sind auch bereits bestehende Anlagen innerhalb des Geltungsbereiches des vorliegenden Bebauungsplanes zu berücksichtigen.

Diesbezüglich sind im Fall einer späteren Aufteilung oder Abspaltung von Teilflächen

Bei Verdacht auf Kampfmittel (z. B. ungewöhnliche Verfärbungen des Bodens oder verdächtige

Gegenstände) sind die Arbeiten unverzüglich einzustellen. Es ist umgehend die zuständige

Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst zu benachrichtigen.

Der Nachweis ist in der Regel für die gesamten Teilflächen zu erbringen. Sofern mehrere Flächen oder die

Gesamtfläche in der Hand einer Betriebsgesellschaft liegen, kann der Nachweis auch für mehrere Flächen

flächenbezogenen Schallleistungspegeln ergibt. Dies ist gegebenenfalls durch geeignete technische

UTM-Koordinaten

Rechtswert (m) Hochwert (m)

5934942,3

5934109,3

5933524,5

5933385,4

 $L_{WA/Okt}$ - L_{WA} in dB(A) - 25 - 17,5 - 10 - 7,5 - 5 - 6 - 9

 $L_{fT}(DW) = L_w + D_c - A_{div} - A_{atm} - A_{gr} - A_{bar} - A_{misc.}$ Zulässig sind Vorhaben (Betriebe und Anlagen), deren Geräusche einschließlich der $L_{AT}(LT) = L_{AT}(DW) - C_{met.}$ Fahrzeuggeräusche auf dem Betriebsgrundstück insgesamt die folgenden immissionswirksamen (Bedeutung der Formelzeichen: s. DIN ISO 9613-2 Oktober 1999)

Gleichung berechnet:

 $C_0 = -10 \log \left(\frac{T_M}{100} + \frac{T_O}{100} \times 10^{-0.15} + \frac{T_G}{100} \times 10^{-1} \right) dB$

T_O Anteil der Querwind-Wetterlagen in %, T_G Anteil der Gegenwind-Wetterlagen in %.

Dabei wird die folgende Windstatistik zugrunde gelegt:

Immissionsorte – Bezeichnungen und Koordinaten.

Nord (B-Plan Nr. 46)¹ WR/WA

(B-Plan Nr. 24A)¹ WR/WA

Schutzwürdigkeit eines Allgemeinen Wohngebietes aus. ² IO MS1.1: Nutzung: Verwaltung, IO MS1.2: Nutzung: Kaserne.

und/oder organisatorische Maßnahmen sicherzustellen.

ggfs. besondere vertragliche Regelungen zu treffen.

IO 11 – Rüstersiel Süd WA

Immissionsorte¹

IO 14 – Neuengroden Mitte

IO 16 – Neuengroden Süd

(B-Plan Nr. 62)

IO MS1.1 – Marinestützpunkt²

gleichzeitig erbracht werden.

IO MS1.2 – Marinestützpunkt² MI

IO MS2 – Marinestützpunkt MI

IO 17 – Heppens Nord

IO S – Schleuse

IO H – Hotel

flächenbezogenen Schallleistungspegel L_{W*A} weder tags (06:00 – 22:00 Uhr) noch nachts (22:00 – 06:00 Uhr) überschreiten (die angegebenen Zusatzkontingente gelten ausschließlich für die Die zur Berechnung der Immissionskontingente zu verwendenden Flächenschallquellen nach Tabelle A sind mit dem folgenden Relativspektrum zu versehen:

Tabelle A. Immissionswirksame flächenbezogene Schallleistungspegel.

Teilfläche Nr.	Nr. Kontingente in dB(A)		Zusatzkontingente Nacht in dB		
	Tag	Nacht	SEK 1	SEK 2	SEK 3
SO 10	65	58	7	3	-
SO 20	60	50	7	3	-
SO 30	65	55	7	3	-
SO 40	65	55	7	3	-
SO 50	65	57	7	3	-
SO 60	65	50	7	3	-
SO 70	65	55	7	3	-
SO 80	65	56	7	3	-
SO 90	65	62	7	3	-
SO 100	65	57	7	3	-
SO 110	65	59	7	3	-
SO 120	65	56	7	3	-
SO 130	66	58	7	3	-

Im Genehmigungsverfahren ist zum Nachweis der Zulässigkeit des Vorhabens der Beurteilungspegel der Anlage nach TA Lärm zu ermitteln. Dieser darf das zulässige Immissionskontingent unter Berücksichtigung von ggf. bereits bestehenden Anlagen nicht überschreiten.

Teilflächen gemeinsam zu führen, d. h., es erfolgt eine Summation der zulässigen Immissionskontingente aller zur Anlage gehörigen Teilflächen (Summation). Die Anwendung einer Relevanzgrenze im Rahmen der Nachweisführung (z. B. Unterschreitung der Immissionsrichtwerte um 15 dB) ist nicht zulässig.

Sind einer Anlage mehrere Teilflächen des Bebauungsplans zuzuordnen, so ist der Nachweis für die

Zur Vorsorge gegen schwere Unfälle im Sinne der Störfall-Verordnung und zur Wahrung ingemessener Sicherheitsabstände werden innerhalb des Plangebiets abgestufte Anforderung an die Zulässigkeit von Betriebsbereichen und schutzbedürftigen Nutzungen festgesetzt. Die Festsetzungen erfolgen auf Grundlage des § 9 Abs. 1 Nr. 24 und Abs. 2c BauGB in Verbindung mit § 50 BlmSchG sowie Artikel 13 der Seveso-III-Richtlinie. Sie orientieren sich an den Empfehlungen der Kommission für Anlagensicherheit (KAS), insbesondere den Leitfäden KAS-18 und KAS-63, sowie an den Ergebnissen zweier standortspezifischer Einzelfallbetrachtungen der TÜV Rheinland Industrie Service GmbH aus den Jahren 2017 und 2025.

Störfallvorsorge gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 und Abs. 2c BauGB i.V.m. § 50 BlmSchG

1. Zonierung als planerisches Instrument auf Grundlage der KAS-Empfehlungen Auf Basis der ermittelten Grenzradien für toxische (AEGL-2) und physikalische Wirkungen (Wärmestrahlung, Explosionsüberdruck) werden drei Zonen mit abgestuften Schutzanforderungen festgelegt. Diese Zonierung stellt eine planerische Umsetzung dar und ist keine unmittelbare Empfehlung der KAS.

In diesem Bereich sind Anlagen unzulässig, die einen Betriebsbereich im Sinne des § 3 Abs. 5a BlmSchG darstellen oder Bestandteil eines solchen wären, sofern sie aufgrund der Art und Menge der vorhandenen Stoffe den Abstandsklassen II bis IV der KAS-Empfehlungen zuzuordnen sind. Gleiches gilt für Anlagen mit einem entsprechenden Gefahrenindex. Ausnahmen können für Anlagen der im Bebauungsplan zulässigen Nutzungen innerhalb der festgelegten Grenzradien zugelassen werden, sofern durch nachgewiesene bauliche, technische oder organisatorische Maßnahmen ein geringerer Abstand als nach den Empfehlungen der KAS (insbesondere KAS-18 bzw. KAS-63) ausreichend ist und die Schutzbedürftigkeit benachbarter

In dieser Zone sind Betriebsbereiche nach § 3 Abs. 5a BlmSchG grundsätzlich ausgeschlossen. Ausnahmen können zugelassen werden, wenn durch geeignete Maßnahmen ein geringerer Abstand als nach den KAS-Empfehlungen ausreichend ist und die Schutzbedürftigkeit benachbarter Nutzungen nicht beeinträchtigt wird.

In diesem Bereich sind Betriebsbereiche nach § 3 Abs. 5a BlmSchG nur zulässig, wenn ein Achtungsabstand von maximal 150 m nicht überschritten wird. Bei Überschreitung ist eine standortspezifische Einzelfallprüfung unter Berücksichtigung der konkreten Gefährdungslage

2. Planungszone gemäß Einzelfallbetrachtung nach Seveso-III-Richtlinie

Zusätzlich zu den vorgenannten Zonen wurde im Rahmen der oben genannten Gutachten ein angemessener Sicherheitsabstand im Sinne des Artikels 13 der Seveso-III-Richtlinie und des § 50 BImSchG ermittelt. Dieser Abstand wird als umhüllende Planungszone dargestellt. Die Planungszone stellt keine konkrete Gefahrenzone dar, sondern dient der Berücksichtigung der besonderen Nachbarschaftssituation zwischen Betriebsbereichen und schutzbedürftigen Nutzungen. Innerhalb dieser Zone ist im Rahmen der Bauleitplanung sowie bei der Entscheidung über Bauvorhaben eine besonders sorgfältige Abwägung erforderlich. Vorhaben mit schutzbedürftiger Nutzung im Sinne der Seveso-III-Richtlinie, die innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstands liegen, sind grundsätzlich unzulässig. Eine Ausnahme kann nur zugelassen werden, wenn im Einzelfall überwiegende städtebauliche Belange oder besondere

Gründe vorliegen, die eine Abweichung rechtfertigen. In solchen Fällen sind zusätzliche technische, bauliche oder organisatorische Maßnahmen zu prüfen und gegebenenfalls festzusetzen, um das verbleibende Risiko auf ein akzeptables Maß zu reduzieren. Außerhalb des angemessenen Sicherheitsabstands wird die Möglichkeit einer Gefährdung durch die Auswirkung von Unfällen im Betriebsbereich als so gering eingeschätzt, dass sie im Rahmen von Planungen und Vorhaben nicht berücksichtigt werden muss.

Grünordnerische Festsetzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25a und b BauGB

Nutzungen nicht beeinträchtigt wird.

Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

2 Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen [kann ggf. ergänzt werden]

6. Leitungsrechte gem. § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB

Die mit → → und — → gekennzeichneten Leitungen sind mit Leitungsrechten zugunsten der jeweiligen Leitungsträger belegt. Sie gewährleisten die Freihaltung und dauerhafte Zugänglichkeit der unterirdischen Leitungen einschließlich ihrer Schutzstreifen. Innerhalb dieser Schutzstreifen gelten folgende Nutzungsbeschränkungen, sofern nicht im Einvernehmen mit dem jeweiligen Leitungsträger ausdrücklich zugelassen: - Eine Bebauung sowie das Aufbringen von Aufschüttungen ist unzulässig. - Die Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern oder tiefwurzelnden Gehölzen ist unzulässig. - Die jederzeitige Zugänglichkeit für Wartung, Instandhaltung und Erneuerung der Leitungen ist

1. Bauzeitenregelung (Brutvogelschutz)

Rodungen und Rückschnitte von Gehölzen sind gemäß § 39 Abs. 5 BNatSchG zum Schutz der Brutvögel ausschließlich im Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 28. Februar zulässig. Außerhalb dieses Zeitraums sind solche Maßnahmen nur mit artenschutzrechtlicher Ausnahmegenehmigung zulässig.

Der Oberboden (Mutterboden) ist gemäß § 202 BauGB in nutzbarem Zustand zu erhalten, vor

KARTENGRUNDLAGE: Liegenschaftskarte Maßstab: 1 : 1000 © GeoBasis-DE/LGLN (2024)

PRÄAMBEL / AUSFERTIGUNG

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung

vom 03.11.2017 (BGBI. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 20.12.2023 (BGBI. 2023

Nr. 394) i.V.m. § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG), in der jeweils

aktuellen Fassung, hat der Rat der Stadt Wilhelmshaven diesen Bebauungsplan, bestehend aus der

Planzeichnung und den im Plan enthaltenen textlichen Festsetzungen, als Satzung beschlossen.

STADT WILHELMSHAVEN

Der Oberbürgermeister

Oberbürgermeister

Wilhelmshaven, den _

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsame baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Antragsnummer: 01-L4-96/2024, Stand vom 17.10.2024).

-GLN RD Aurich - Katasteramt Wilhelmshave

AUSARBEITUNG

Der Bebauungsplan wurde ausgearbeitet von

..\..\..\TRANSFER\StadtQuadrat\Logo\Logo-StadtQuadrat.jpg

Gutenbergstraße 34 • 44139 Dortmund • Tel. 0231/557114-0 Dortmund, den _____ VERFAHRENSSCHRITTE

Bekanntmachung in Kraft getreten.

Verfahrensschritte Aufstellungsbeschluss Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Frühzeitige Beteiligung der Behörden Entwurfsbeschluss / Beschluss über die Veröffentlichung im Internet Zeitraum der Veröffentlichung im Internet Erneuter Entwurfsbeschluss / Beschluss über die erneute Veröffentlichung im Internet Zeitraum der erneuten Veröffentlichung im Internet

SATZUNGSBESCHLUSS Der Bebauungsplan wurde am _ _ gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen. BEKANNTMACHUNG gemäß § 10 Abs. 3 BauGB durch ortsübliche Der Bebauungsplan ist am __

Innerhalb von einem Jahr nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Verletzungen von Vorschriften gem. § 215 BauGB in Verbindung mit § 214 Abs. 1-3 BauGB gegenüber der Stadt nicht - geltend gemacht worden. STADT WILHELMSHAVEN

> Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung Im Auftrage

Geltungsbereich der 1.Änderung des Bebauungsplanes **Nr. 219** - Heppenser Groden Nord / Zum Ölhafen -

BEBAUUNGSPLAN NR. 219, 1. A

Achtung! Dieser Plan ist nicht rechtsverbindlich!

Bearbeitung: Stadtquadrat B-Plan-Kennung: